

Wien, 30. November 2017

„Wohnen für alle“ – BAWO präsentiert elf Strategien und Maßnahmen:
Wohnversorgung abseits von Eigentum und Marktlogik ausbauen.

Wien (OTS) - Die BAWO (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe) hat heute am 30.11. 2017 in der Oesterreichischen Nationalbank elf Strategien und Maßnahmen für ein „Wohnen für alle“ präsentiert. Wohnungslosigkeit in Österreich nimmt zu. Das hängt vor allem mit der Entwicklung der Wohnkosten und der Einkommen zusammen. „Es gibt bundesweit dringenden Handlungsbedarf. Die BAWO fordert daher die nächste Regierung auf, die Wohnversorgung abseits von Eigentum und abseits einer Marktlogik zu stärken“, sagt BAWO-Obfrau Elisabeth Hammer: „Der Schlüssel im Zusammenwirken von Wohn- und Sozialpolitik sind Mietwohnungen – die leistbar, unbefristet und inklusiv sind.“ Die zentralen Punkte des Positionspapiers sind:

Miete fördern – nicht Eigentum:

Ein stabiler und leistbarer Mietsektor ist eine Voraussetzung für die adäquate Wohnversorgung von Menschen mit niedrigen Einkommen. Sowohl im Gemeindebau, als auch in Genossenschaften und in der privaten Wohnungswirtschaft sind Wohnungen auch für Menschen mit niedrigem Einkommen bereit zu stellen.

Mietrechtsgesetz wieder mieterInnenfreundlicher ausgestalten:

Das Mietrechtsgesetz ist zentral: Es muss einen umfassenden Anwendungsbereich haben und nachvollziehbarer formuliert sein. Mietverträge sollen unbefristet und die Miethöhe wirksam begrenzt sein.

Gemeinnützigen Wohnbau ausbauen – Zugang verbessern:

Es braucht eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Gemeinnützige Bauträger; insbesondere in der Bodenbereitstellung. Außerdem ist es unbedingt notwendig, den Zugang für Menschen mit niedrigem Einkommen zu erleichtern.

Nutzung von leerstehenden Wohnungen fördern:

Der leerstehende Bestand sollte durch ein bundesweit einheitliches Schema erhoben werden. Kooperationen mit sozialen DienstleisterInnen können die Nutzung von Leerstand fördern.

Maßnahmen für existenzsichernde Einkommen setzen:

Um Leistbarkeit zu erreichen, sind sowohl höhere Löhne als auch bundesweit höhere Sozial- und Sozialversicherungsleistungen notwendig.

Zusammenwirken von Wohn- und Sozialpolitik stärken:

Wohnpolitik soll weiterhin ein sozialstaatliches Instrument für breite Bevölkerungsgruppen sein. Menschen mit niedrigem Einkommen müssen aber (wieder) besser erreicht werden.

Im Anschluss an die Präsentation wurden Alexis Mundt (IIBW - Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen), Gerlinde Gutheil-Knopp-Kirchwald (Österreichischer Verband gemeinnütziger Bau-

vereinigungen – Revisionsverband) und Michael Gehbauer (WBV-GPA, Wohnbauvereinigung für Privatangestellte) um Respondenz gebeten. Die Reaktionen fielen durchwegs positiv aus.

Für das BAWO-Positionspapier „Wohnen für alle. Leistbar. Dauerhaft. Inklusiv.“ haben über 45 ExpertInnen aus den Feldern Wohnbau, Wohnpolitik, Wohnrecht und der Wohnungslosenhilfe ihre Expertise zur Verfügung gestellt.

Alle elf Strategien und Maßnahmen sind in der Kurz- bzw. Langversion des Positionspapiers „Wohnen für alle. Leistbar. Dauerhaft. Inklusiv.“ nachzulesen: www.bawo.at

Rückfragen & Kontakt

Elisabeth Hammer
BAWO Obfrau
Gerichtsgasse 3/2/3, 1221 Wien
Mobile: + 43 (0) 699 1 952 0456
Email: elisabeth.hammer@bawo.at
www.bawo.at